

NIEDERSCHRIFT

über die **15.** Sitzung
des Gesundheitsausschusses
(XVII. Wahlperiode)

Tag der Sitzung:	07.11.2024
Ort der Sitzung:	GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich Kreissitzungssaal (1. Etage) Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich (Tel. 02181/601-2172) Navigation: www.rkn.nrw/TR814
Beginn der Sitzung:	17:00 Uhr
Ende der Sitzung:	18:50 Uhr
Den Vorsitz führte:	Barbara Brand

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Barbara Brand
2. Herr Andreas Buchartz
3. Frau Sabina Kram
4. Frau Jutta Stüsgen
5. Herr Prof. Dr. Dieter Welsink
6. Frau Maria Becker
7. Herr Sebastian Hansen
8. Herr Florian Köpenick
9. Herr Daniel Zeißler

• SPD-Fraktion

10. Frau Sabine Kühl
11. Frau Frederike Küpper
12. Frau Annika Bongartz
13. Frau Rosemarie Bruchmann
14. Herr Johannes Strauch
15. Herr Detlev Zenk

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

16. Herr Janis Bonn
17. Frau Angela Stein-Ulrich
18. Frau Swenja Krüppel
19. Frau Dr. Sylke Markert-Kütemeyer
20. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• FDP-Fraktion

21. Frau Elena Fielenbach
22. Herr Simon Kell

• Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/ Deutsche Zentrumspartei

23. Herr Dirk-Arthur Horhäuser

• AfD-Fraktion

24. Frau Dr. Regina Kubon-Liebelt

- **beratende Mitglieder**

- 25. Herr Christian Lüder
- 26. Frau Barbara Shahbaz

- **stellvertretende beratende Mitglieder**

- 27. Herr Dr. Josef Merten
- 28. Herr Hermann Josef Thiel

- **Gäste**

- 29. Frau Monika Zimmermann

- **Verwaltung**

- 30. Frau Nadine Broisch
- 31. Herr Dezernent Gregor Küpper

- **Schriftführer**

- 32. Herr Florian Lennartz

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		5
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	5
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern Vorlage: 53/5231/XVII/2024	5
3.	Vorstellung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZs) im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/5234/XVII/2024	5
4.	Vorstellung Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/5235/XVII/2024	7
5.	Bericht der Ökotrophologin Frau Stallmann über die Angebote in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe Vorlage: 53/5236/XVII/2024	8
6.	Anträge.....	9
7.	Mitteilungen	9
7.1.	Sachstand Drogenberatung und -prävention Vorlage: 53/5237/XVII/2024.....	9
7.2.	Bericht Gesundheitstag mit Job Center am 30.10.2024 Vorlage: 53/5238/XVII/2024	10
7.3.	Erfahrungen zur Aktion "Demenz verstehen" Vorlage: 53/5261/XVII/2024	10
7.4.	Hinweis der Apothekenaufsicht zur Medikamentenversorgung im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/5262/XVII/2024	11
7.5.	Neue Räumlichkeiten für den Sprachtherapeutischen Dienst Vorlage: 53/5263/XVII/2024	11
8.	Anfragen	12
9.	Beschlusskontrolle Vorlage: 53/5239/XVII/2024.....	14

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses.

Gegen ihre Feststellung, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei und der Ausschuss beschlussfähig sei, erhebt sich kein Widerspruch.

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern Vorlage: 53/5231/XVII/2024

Protokoll:

Die Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger erfolgt durch das Erheben von den Plätzen, dem Vorlesen sowie der anschließenden Unterzeichnung der Verpflichtungsformel.

Verpflichtet wird:

Horhäuser, Dirk-Arthur

3. Vorstellung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZs) im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/5234/XVII/2024

Protokoll:

Frau Dr. Knierim, Frau Holthuysen-Frank und Frau Remmers, Vertreterinnen der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZs), stellen in einem Vortrag ihre Arbeit in den SPZs im Rhein-Kreis Neuss vor. Die zugehörigen Präsentationen sind der Niederschrift angehängt.

Im Anschluss werden von den Ausschussmitgliedern Fragen an die Vortragenden gestellt.

Andreas Buchartz bedankt sich zunächst für den ausführlichen und aufschlussreichen Vortrag, vor allem im Hinblick auf die angesprochene Finanzsituation, und erfragt daraufhin, ob es sich bei den SPZs um eine Pflichtaufgabe des Rhein-Kreis Neuss handle. Und wenn ja, ob dies, vor allem die ausreichende Finanzierung, nicht in der Verantwortung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) liegen würde. Wenn es einer Kofinanzierung des Rhein-Kreises Neuss bedürfe, würde er zudem gerne wissen, wie

die Gesamtsumme aller drei SPZs aussehe, die im Haushalt 2024 mit eingestellt sei, ob diese ausreichend sei, und welche Mittel für den Haushalt 2025 von der Verwaltung vorgesehen seien.

Herr Dezernent Küpper führt aus, dass die Vereinbarung der Mitförderung der SPZs durch den Kreis bereits seit Jahrzehnten etabliert sei. Die Unterstützung sei allerdings keine Pflichtaufgabe des Kreises. Die Finanzierung der SPZs liege seines Erachtens in der Verantwortung des Landesverbandes Rheinland (LVR), welcher den steigenden Kosten Rechnung tragen müsse. In Anbetracht der steigenden (Personal-)Kosten wäre es nicht angebracht, die Fördermittel für das Jahr 2025 einzufrieren, wie offenbar zurzeit vom LVR geplant. Für das Jahr 2023 habe man als Rhein-Kreis Neuss ca. 12.000 € zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2024 sei der Betrag höher als im Vorjahr ausgefallen, allerdings würde zurzeit noch die Gesamtabrechnung erfolgen. In Zeiten der angespannten Haushaltslage, könne der Rhein-Kreis Neuss hier jedenfalls nicht die Gesamtlast der Kosten tragen. Hierfür müsse der LVR entsprechend aufkommen. Die genauen Zahlen für das kommende Jahr würden im Rahmen des Haushalts für 2025 entsprechend entnommen werden können. Er nehme zudem zur Kenntnis, dass die finanziellen Mittel wohl schon jetzt nicht für die Angebote, die die SPZs darstellen, ausreichen. Herr Dezernent Küpper erfragt zudem, ob sich die Fallzahlen der SPZs in Dormagen und Neuss ebenso entwickelt haben, wie die Fallzahlen für das SPZ Meerbusch, bei dem sich der Bedarf seit 2018 anscheinend verdoppelt habe. Die Thematik werde nochmal in Anbetracht der Bedarfe in die Beratungen zum Haushalt aufgenommen werden.

Frau Krüppel bedankt sich ebenfalls für den Vortrag und die Arbeit. Sie erfragt zudem, inwiefern die Angebote von Bürgern aus den Kommunen Grevenbroich, Jüchen und Rommerskirchen angenommen werden, da hier die Anbindung an den ÖPNV nicht unbedingt ideal sei und teils über eine Stunde Anfahrt bedeute. Daraufhin stelle sich für sie die Frage, ob es hier dann eine Unterversorgung gebe, oder wie dies entsprechend aufgefangen werde.

Antwort: Bezüglich des Bereichs Kaarst, Korschenbroich, Meerbusch und Jüchen, ließe sich sagen, dass es natürlich genau so sei, dass die Menschen aus Jüchen nicht bei dem SPZ in Neuss landen würden. Man sei froh, wenn sich diese Personen via Anruf melden würden und man infolgedessen einen Hausbesuch anbieten und eine Beratung vermitteln könne. Die Kontaktstelle zu besuchen, sei für diese Personen faktisch nicht möglich. Bezüglich der Förderrichtlinien des LVR wolle man zudem noch hinzufügen, dass auch für den LVR die Finanzierung der SPZs keine Pflichtaufgabe sei, es sei aber die generelle Gemeindepsychiatrische Versorgung, welche in Form vom Bundesteilhabegesetz und der Psychiatrie-Enquete schon eine Rolle spiele. Die finanziellen Mittel des LVR seien von Anfang an als Anschubfinanzierung angedacht gewesen und ein anderer Teil, wie groß er auch immer sein mag, von den Kommunen zu leisten sei. Man wolle sich hier aber politisch vollkommen raushalten. Und man sei sich sicher, dass der LVR hier die finanziellen Mittel bereitstelle, die er hierfür zur Verfügung stellen könne und man sei dafür auch entsprechend dankbar.

Frau Kühl spricht nochmal einen herzlichen Dank für die Arbeit aus und bittet darum, diesen Dank auch an alle auszusprechen, die dabei mitwirkten, auch die involvierten Ehrenamtlichen.

Als Reaktion auf diesen Dank, wird nochmal gesondert betont, dass es viele Angebote in der Form nicht ohne die Mitwirkung der Ehrenamtlichen geben würde.

Daraufhin wird von Frau Stephan-Gellrich angefragt, wie viele Ehrenamtliche es denn insgesamt gebe.

Antwort: Man habe zurzeit keine genauen Zahlen dazu, aber ohne Ehrenamt würde es vieles nicht geben. Man wolle zudem betonen, dass es vor allem auch viele selbst beeinträchtigte Personen gebe, die ehrenamtlich aktiv seien. Diese „Peer“-Kräfte seien besonders wertvoll, da sie natürlich ganz anders an die Hilfesuchenden andocken könnten. Es sei eine besondere Herausforderung diese als gelernte Peer-Kräfte zu finden, aber besonders im Rahmen des Schulprojektes „Verrückt? Na und!“ gebe es viele Personen, die in den Schulen ehrenamtlich als „Persönliche Experten“ über ihre psychische Erkrankung berichteten. Leider habe man aber während der Corona-Pandemie viele ältere Ehrenamtliche verloren, die aus persönlichen Gründen aus dem Ehrenamt ausgeschieden seien.

Zum Abschluss bedankt sich auch Frau Brand bei den Vortragenden und äußert den Wunsch, mehr über das Schulprojekt zu erfahren, woraufhin darauf aufmerksam gemacht wird, dass weitere Informationen zum Schulprojekt als Zusatzfolien in der PPT zu finden seien. Man werde aber sehr gerne noch zusätzliches Material liefern, wenn dies gewünscht werde.

4. Vorstellung Sozialpsychiatrischer Dienst, Gesundheitsamt Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 53/5235/XVII/2024

Protokoll:

Herr Düss stellt den Sozialpsychiatrischen Dienst vor. Die zugehörige Präsentation ist der Niederschrift angehängen.

Im Anschluss erfragt Frau Stephan-Gellrich, welche Erfahrungen Herr Düss mit dem Projekt „DigiSucht“ gemacht habe.

Herr Düss erklärt, dass die Umsetzung der Maßnahme bzw. Nutzung der Plattform „DigiSucht“ noch im Aufbau sei. Ziel von „DigiSucht“ sei es, eine gemeinsame Plattform für die verschiedenen Akteure im Bereich Sucht zu haben. Aber es gebe wohl noch nicht allzu viele Akteure, die sich hierzu angemeldet haben. In der Vergangenheit habe man versucht, eine eigene Plattform für den gleichen Zweck aufzubauen, aber diese musste wiedereingestellt werden, da es im Verhältnis zu den Personen, die es tatsächlich genutzt hatten, zu teuer im Unterhalt gewesen sei. Daher habe man sich nun für „DigiSucht“ entschieden. Man habe gerade nicht die genauen Daten zur Hand, aber man bekomme mehrmals die Woche Anfragen über die Plattform, oft zunächst in anonymisierter Form, wovon aber ein gewisser Anteil sich dann auch persönlich mitteile und somit in das System aufgenommen werden könne. Es werde vermutet, dass dies in Zukunft mehr werden könne. Dies hänge aber auch davon ab, ob sich die Plattform erfolgreich etablieren könne und sich die relevanten Akteure in dem Bereich von Sucht und psychischer Erkrankungen aktiv auf der Plattform einbringen würden.

Frau Stüsgen lobt zunächst das gute Angebot und bedankt sich für die Präsentation. Sie würde gerne nochmal gesondert nachfragen, wo der genaue Unterschied zwischen

SPZ und SpDi sei, wie man als Betroffener an Hilfe komme und, ob dies soweit auch weitgehend bekannt wäre. Im Rhein-Kreis Neuss gebe es ja bereits ein recht breites Angebot in dem Bereich, weshalb sich letztlich die Frage stellen würde, ob es hier bereits Lotsen o.ä. gebe, die bei Bedarf entsprechend aushelfen könnten.

Herr Düss erklärt, dass der SpDi für spezielle Bereiche in der psychosozialen- und Suchtberatung zuständig sei und fördere darüber hinaus die Vernetzung und Zusammenarbeit aller Hilfsangebote für psychisch kranke Menschen vor Ort, stehe also beratend zur Verfügung und würde zu den jeweils passenden Partnern bzw. Lotsen in dem Bereich vermittelnd tätig werden. Man müsse sich zwar immer wieder bekannt machen, aber die Informationen hierzu seien gut über das Internet zu finden und es laufe soweit gut. Wenn nötig, werde entsprechend an andere Partner/Hilfsstellen vermittelt. Dementsprechend lasse sich sagen, dass es bereits eine Art Lotsensystem gibt, an das sich Betroffene wenden könnten.

**5. Bericht der Ökotrophologin Frau Stallmann über die Angebote in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe
Vorlage: 53/5236/XVII/2024**

Protokoll:

Frau Stallmann, staatlich anerkannte Diätassistentin und Inhaberin der Praxis Essgenuss, stellt im Ausschuss die Umsetzung der Maßnahmen zur Ernährungsförderung in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe im Rhein-Kreis Neuss vor. Die zugehörige Präsentation ist der Niederschrift angehängt.

Im Anschluss an die Präsentation bedankt sich Frau Krüppel zunächst für den Vortrag und die Arbeit. Als besonders gut empfinde sie, dass es nicht nur um gesündere Ernährung gehe, sondern, dass mit der Art und Weise, wie die Maßnahme umgesetzt werde, neuer Schwung und Energie in die Einrichtungen komme und man die Mitbewohner motivierend mitnehme.

Frau Kühl äußert sich ebenfalls begeistert in Bezug auf die Umsetzung der Maßnahme. Sie freue sich sehr darüber, dass man die Mittel dafür bereitgestellt habe. Die Umsetzung scheine vor allem sehr nachhaltig zu sein und viel Mehrwert und Motivation für die Mitbewohner zu liefern.

6. Anträge

Protokoll:

Es liegen keine neuen Anträge vor.

7. Mitteilungen

7.1. Sachstand Drogenberatung und -prävention

Vorlage: 53/5237/XVII/2024

Protokoll:

Zusätzlich zu den Informationen aus der Einladung, teilt Herr Dezernent Küpper mit, dass mittlerweile alle kreisangehörigen Kommunen in den jeweiligen Räten, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung beschlossen haben, und die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gerade dabei seien, sie zu unterschreiben, bevor sie zur Bezirksregierung weitergereicht werde, sodass diese offiziell am 01.01.2025 in Kraft treten könne.

Die Stadt Neuss sei zudem bestrebt, die Drogenberatung „Impuls“ mit dem Standort Augustinusstraße schnellstmöglich abzuwickeln, mit dem Hintergrund, dass das Grundstück wohl anderweitig verwendet werden solle. In der Übergangszeit gebe es eine Zwischenvereinbarung zwischen der Stadt Neuss und der Caritas, dass die Beratung von Personen, die aus der Sucht aussteigen wollen, auf die Rheydter Straße verlagert werde. Man wolle zudem klar betonen, dass dies nicht heißt, dass es ein Kontaktcafé oder einen Konsumraum auf der Rheydter Straße geben solle. Die Caritas habe bereits Konzepte zum Thema Beratung und „Beratung Mobil“ vorgelegt und man werde dann diese Konzepte und Maßnahmen ab dem 01.01.2025 zusammen mit der Caritas auflegen, sodass man die Angebote, die jetzt schon bei Impuls existierten, nahtlos fortführen könne. Bisher habe man allerdings noch keinen geeigneten Standort für das niedrigschwellige Angebot in Form des Kontaktcafés, hier befinde man sich aber in Kontakt mit den relevanten Akteuren, um gemeinsam schnellstmöglich einen geeigneten Standort zu finden.

Um Befürchtungen der Anwohnerinnen und Anwohner der Rheydter Straße mit den Bewohnern selber anzusprechen, werde es eine Informationsveranstaltung am 27.11.24 um 18 Uhr geben. Die Einladungen würden zurzeit noch abgestimmt werden, würden aber in den kommenden Tagen rausgehen. Man wolle zudem noch mal klarstellen, von welchen Fallzahlen man hier rede. So habe es beim Impuls im letzten Jahr ungefähr 500 Ausstiegsberatungstermine gegeben, einige davon digital. Wenn man dies entsprechend runterbräche, würde man von ca. 2 zusätzlichen Ausstiegsberatungsaufsuchenden pro Arbeitstag ausgehen. Hierüber werde auch nochmal im Sozialausschuss berichtet werden.

7.2. Bericht Gesundheitstag mit Job Center am 30.10.2024

Vorlage: 53/5238/XVII/2024

Protokoll:

Frau Dr. Rossmann, Leiterin des Amtsärztlichen Dienstes, berichtet über den Gesundheitstag, welcher in Zusammenarbeit zwischen Jobcenter und Gesundheitsamt am 30.10.2024 durchgeführt wurde. Die Veranstaltung fand unter dem Motto „Gesund im Alltag, fit in den Job“ statt.

Es gab ein breites Aufgebot an Beratungsangeboten und verschiedenen Gesundheitsuntersuchungen, sowie u.a. einen Stand für gesunde Snacks, einen Stand zur Vorstellung von Joga-Angeboten und einen Vortrag mit Vorschlägen zum Thema Schlafverbesserungen.

Die Veranstaltung sei gut angenommen worden und man habe vor, diese nochmal zu wiederholen.

7.3. Erfahrungen zur Aktion "Demenz verstehen"

Vorlage: 53/5261/XVII/2024

Protokoll:

Herr Dezernent Küpper berichtet über die Aktion „Demenz verstehen“ und im Rahmen dessen vom „Lila Sofa“, welches für einen Monat im Kreishaus in Neuss gestanden hat.

Die Aktion diene dazu, mehr Awareness bzw. Aufmerksamkeit für das Thema Demenz zu generieren, da Demenz mittlerweile zu einer Art Volkskrankheit erwachsen sei. Darüber hinaus habe man auch Beratungs- und Sprechstunden zum Thema angeboten. Das Angebot sei sehr niedrigschwellig angesetzt gewesen und auch sehr gut angenommen worden.

Frau Brand bekräftigt nochmal, dass es sehr hilfreich sei, in dieser Form niedrigschwellig Verständnis und Akzeptanz zu fördern.

7.4. Hinweis der Apothekenaufsicht zur Medikamentenversorgung im Rhein-Kreis Neuss **Vorlage: 53/5262/XVII/2024**

Protokoll:

Herr Constant von der Apothekenaufsicht berichtet im Ausschuss über die Medikamentenversorgung im Rhein-Kreis Neuss.

Gründe für Lieferengpässe seien vielfältig, komplex und hingen oft vom jeweiligen Einzelfall ab. Für die Herstellung von Arzneimitteln würden diverse einzelne Bestandteile (u.a. der Wirkstoff, die Hilfsstoffe, die Primär- und Sekundärverpackung, die Gebrauchsinformation und ggf. Applikationshilfen) benötigt. Diese einzelnen Bestandteile würden heutzutage nicht mehr an einem Ort hergestellt werden, sondern in vielen verschiedenen Teilen dieser Welt. Der pharmazeutische Hersteller importiere in der Regel die genannten Komponenten und produziere schließlich das Arzneimittel. Somit gebe es für die Arzneimittelproduktion viele einzelne Lieferketten, welche aufgrund von regionalen Ereignissen (Naturkatastrophen, Streik, Pandemien, Materialknappheit etc.) beeinträchtigt werden könnten.

In Deutschland gebe es derzeit 478 gemeldete Arzneimittelieferengpässe (Quelle: Datenbank des BfArM, Stand: 30.10.2024), welche sich auf die Patientenversorgung auswirkten. Besonders hervorzuheben sei derzeit der Lieferengpass bezüglich der isotonen natriumchloridhaltigen Arzneimittel (also Kochsalzlösungen), welcher Kliniken und niedergelassene Arztpraxen im Rhein-Kreis Neuss in ihrer Patientenversorgung beeinträchtigte. Derzeit erarbeite der Rhein-Kreis Neuss eine Allgemeinverfügung auf Grundlage eines festgestellten Versorgungsengpasses nach § 79. Abs. 5 Arzneimittelgesetz durch das Bundesgesundheitsministerium zur Erleichterung des Arzneimittelimportes und der Arzneimittelbevorratung.

7.5. Neue Räumlichkeiten für den Sprachtherapeutischen Dienst **Vorlage: 53/5263/XVII/2024**

Protokoll:

Frau Dr. Rossmann, Leiterin des Amtsärztlichen Dienstes, stellt die neuen Räumlichkeiten für den Sprachtherapeutischen Dienst vor. Eine Präsentation mit Bildern von den neuen Räumlichkeiten ist der Niederschrift angehängt.

Im Anschluss an Frau Dr. Rossmanns Ausführung, erfragt Frau Kühl, wie es derzeit mit dem Bedarf an Sprachtherapeuten aussehe. Ob es genug Personal gebe oder noch Bedarf bestehe.

Frau Dr. Rossmann bestätigt, dass der Bedarf hoch sei, doch derzeit klappe es gut mit dem Angebot. Es erscheine aber als wahrscheinlich, dass sich in Zukunft ein höherer Bedarf entwickeln werde.

Herr Dezernent Herr Küpper bestätigt die Einschätzung von Frau Dr. Rossmann. So lasse sich z.B. in den Schuleingangsuntersuchungen feststellen, dass der logopädische Bedarf rasant ansteige. In dem Kontext lobt Herr Küpper auch die Arbeit des Sprachtherapeutischen Dienstes.

8. Anfragen

Protokoll:

Es gibt keine schriftlichen Anfragen, aber Frau Stüsgen trägt eine mündliche Anfrage vorgetragen.

So fragt sie an, wie die derzeitige Situation bezüglich des Themas Lachgas im Rhein-Kreis Neuss aussehe, welches immer häufiger als neue Einstiegsdroge diene; ob es hierzu bereits Erhebungen gebe oder die Thematik noch so neu sei, dass man hierzu noch keine Aussage treffen könne. Zudem verweist sie auf eine Studie bezüglich des Rauschtrinkens, welches viele junge Männer belaste. Im Zuge der Studie sei erläutert worden, dass Betroffene, nachdem sie einmal diesbezüglich ins Krankenhaus kämen, oft nach Einsicht danach vom Rauschtrinken Abstand nehmen würden. Sie fragt in diesem Kontext an, wie die Erfahrungen diesbezüglich im Rhein-Kreis Neuss seien und, ob man die Möglichkeit habe, die jungen Menschen in dieser Ausnahmesituation zu unterstützen und ihnen klarzumachen, wie gefährlich dieses Verhalten sei.

Herr Dezernent Küpper weist darauf hin, dass es sich bei Lachgas und Alkohol derzeit um legale Suchtmittel handle. Gegebenenfalls könne die Caritas einen Einblick in die Fallzahlen der Beratungen geben, die auf diese beiden Suchtmittel entfallen. Beim Thema Lachgas habe man persönlich das Gefühl, dass es sich noch um ein recht neues Phänomen handle. Beim Thema Alkohol, wenn jemand wegen einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingeliefert würde, aufgrund von Rauschtrinken oder Koma-Saufen, würde entsprechend behandelt werden. Hier sei eventuell die Frage, ob man den Personen bei Entlassung noch ein Hilfsangebot mit an die Hand geben könne. Wenn es möglich sei, hier konkrete Fallzahlen über die Caritas einzuholen, würden diese entsprechend nachgereicht werden.

Frau Stüsgen führt zudem aus, dass im Kreisausschuss über die Neuorganisation der Notfallversorgung in Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen gesprochen worden sei. Es sei dort beschlossen worden, dass die Kreisverwaltung den Ausschuss für Rettungswesen und den Kreisausschuss regelmäßig darüber informieren würden. Man bitte darum, dass die Informationen entsprechend auch beim Gesundheitsausschuss nachgereicht würden.

Herr Dezernent Küpper sichert dies zu. Man könne die entsprechenden Beschlüsse des Kreisausschusses (aus dem öffentlichen Bereich) auch nochmal dieser Niederschrift anfügen und in Zukunft auch gerne über die Beschlüsse hier im Gesundheitsausschuss berichten.

Nachtrag zum Protokoll, Auszug aus dem Kreisausschuss:

**Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum vom 28.10.2024 zum Thema Neuorganisation der Notfallversorgung für Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen
Vorlage: 010/5260/XVII/2024**

KA/20241106/Ö9.1

Beschluss:

- Die Kreisverwaltung ergreift alle notwendigen Maßnahmen, um eine gleichwertige Notfallversorgung im Raum Grevenbroich im Zuge der Umstrukturierung des Elisabethkrankenhauses zu gewährleisten und den Umfang der Rettungswagen-verfügbarkeit zu erhöhen. Dies beinhaltet entsprechende Abstimmungen mit dem Land NRW und den Krankenkassen und eine erforderliche Neuorganisation des Rettungsdienstes.
- Die Kreisverwaltung wird regelmäßig im Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz über den Stand der Neuorganisation der Notfallversorgung für Grevenbroich, Rommerskirchen und Jüchen berichten.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

16 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum, LR)
1 Nein-Stimme (AfD)

9. Beschlusskontrolle
Vorlage: 53/5239/XVII/2024


Protokoll:

Zurzeit stehen keine Beschlüsse offen.

Bezüglich der Haushaltsmittel 2024 führt Herr Dezernent Küpper aus, dass man derzeit keine besonderen Ausreißer hinsichtlich der Mittelabflüsse in den Haushaltspositionen habe.

Was die Zukunft angehe, könne man sagen, dass viele Posten nur entsprechend der Inflation anstiegen und man ansonsten im Soll sei. Der wichtigste Posten, der hier hinzukomme und das Budget vom Rhein-Kreis Neuss, unter Mitbeteiligung der einzelnen Kommunen, entsprechend erhöhe, sei die Drogenberatung und -prävention, da dies als komplett neuer Posten für den Rhein-Kreis Neuss von der Stadt Neuss übernommen werde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Barbara Brand um 18:50 Uhr die Sitzung.



Barbara Brand
Vorsitz



Florian Lennartz
Schriftführung